

Mehr als eine Kindertagesstätte



Frühkindliche Bildung verbessern: Was für viele Politiker nur eine Sprechblase ist, praktiziert die Stadt Hannover längst. Mit drei Programmen fördert sie Familien. So nachhaltig, dass sich das positiv auf Einschulungen auswirkt und sich Delegationen aus In- und Ausland über das Konzept informieren.

AUSGEBILDET: Als Stadtmutter arbeitet Mahiyar Onayli in der Eltern-Kita Mäuseburg in der Nordstadt.
Foto: Körner

Aus Kitas werden Familienzentren. 27 Einrichtungen für 2700 Kinder. Stadtmütter schlagen Brücken.

VON VERA KÖNIG

HANNOVER. Jahrzehntlang waren Kindergärten nur für Kinder da. Jetzt aber hat die Stadt aus inzwischen 27 Kitas Familienzentren gemacht. Gerade in sozial schwachen Gebieten hilft das neue Angebot, Mütter und Väter zu erreichen und sie zu Partnern bei der frühkindlichen Bildung zu machen.

Jugenddezernent Thomas Walter hat gestern das Konzept vorgestellt, das in Deutschland als nachahmenswert gilt. 121 Delegationen aus anderen Städten, sogar aus China und der Türkei, haben sich informiert. Die 27 Kitas werden mit jeweils 40 000 Euro jährlich gefördert. Der Service wie Erziehungs- und Ernährungsberatung, Sprachkurse oder Fahrradfahrenlernen

kommt 2700 Kindern und deren Familien zu Gute. „Das sind zentrale Weichenstellungen für mehr Chancen in der Stadtgesellschaft“, findet Walter. Oft seien es die Stadtmütter, die Brücken zu den Familien schlagen, Kontakte zu Migranten herstellen oder auch Ideen für sinnvolle Freizeitgestaltung mit Kindern entwickeln. Bislang gibt es acht dieser

Stadtmütterinsechs Piloteneinrichtungen. Doch der Zuwachs wird bereits geschult. Anfang des Jahres haben acht weitere ihren Dienst aufgenommen. 2014 soll es nochmal acht weitere Ansprechpartnerinnen geben. Dritter Baustein im Familienkonzept sind die „Gemeinsam-wachsen-Gruppen“. Das Angebot ist kostenlos und richtet sich an Eltern mit Kindern bis

zu drei Jahren in den Stadtteilen Oberricklingen, Linden-Süd und -Nord, Nordstadt, Stöcken, Sahlkamp, Kronsberg und Mittelfeld. Eltern können in diesen Gruppen untereinander Kontakt knüpfen und sich Fördertipps holen. Kinder spielen derweil und schließen Freundschaften. „40 Prozent der teilnehmenden Familien sind Zuwanderer“, sagt Walter. An einigen Standorten liegt

die Migrantenquote sogar bei 95 Prozent. Effekt der ganzen Arbeit: Der Anteil von Einschulungsempfehlungen ist um 2,5 Prozentpunkte auf 85,1 Prozent gestiegen, bei den Kann-Kindern (zum Stichtag noch nicht sechs Jahre alt) sogar um 11,1 Prozentpunkte auf 67,1 Prozent. Die Empfehlung Sonderpädagogik ist um sieben Prozentpunkte gefallen.

BAUSTEIN 1

Stadtmütter sind Mittlerinnen für Integration

HANNOVER. Meist haben sie Mini-jobs und werden bezahlt mit 400 Euro pro Monat. Aber ihr Einsatz ist wertvoll, denn er sichert mehr Integration. Das Projekt Stadtmütter, 2009 zum ersten Mal erprobt, ist längst ein Erfolgsmodell.

In sechs Piloteneinrichtungen sind die Migrantinnen aktiv. Qualifiziert durch die Volkshochschule, ergänzen und entlasten die Frauen die Familienzentren. Sie helfen beim Ausfüllen von Formularen oder bei Behördengängen und kommen mit zu Elternabenden oder Gesundheitsvorsorge-Terminen.

„Elternarbeit in Kitas geht häufig über die Köpfe von Migranten hinweg“, benennt Jugenddezernent Thomas Walter den Grund für den neuen Weg. Die Stadtmütter seien Türöffnerinnen. Aus ihrer Arbeit entwickelten sich neue Strukturen – Nachbarschaftshilfe beispielsweise oder Kinderbetreuung. Darum will die Stadtverwaltung das Programm erweitern: 2014 soll es in Hannover schon 24 Stadtmütter geben. kg



MITTELFELD: Erzieherin Sigrid Broosseit kümmert sich um Svea, Nicole, Jara-Sophie und Unsile.

BAUSTEIN 2

Familienzentren machen Eltern zu geschätzten Bildungspartnern

HANNOVER. Am Anfang stand ein Ratsbeschluss. Die Betreuung von Kindern in Kitas und in der Familie sollte nicht mehr länger als Gegensatz begriffen werden. Sinnvoll sei ein Miteinander. Und so entstanden die ersten Familienzentren.

Mit elf Einrichtungen fing die Arbeit 2007 an. Inzwischen sind aus 27 Kitas Familienzentren geworden. Ein weiterer Ausbau ist möglich, aber nicht für jede Kita gewollt.

„Wir haben in der Stadt 420 Kitas. Die kleinste bietet zehn, die größte



STÖCKEN: Kinder und Stadtmütter spielen gemeinsam im Familienzentrum. Fotos: Steiner

280 Plätze“, sagt Bereichsleiter Stefan Rauhaus. Je nach Größe und Lage müsse man über die Umwandlung nachdenken. Bevorzugt richtet die Stadt Kitas in sozialen Brennpunkten ein. In Stadtteilen, in denen besonders viele Migranten leben und/oder

sehr viele Eltern auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Am Ende der Arbeit steht Wertschätzung: von Eltern für Erzieher, von Erziehern für Eltern als wichtige Bildungspartner. Und die Kinder profitieren davon. kg

BAUSTEIN 3

Neue Gruppen machen Krippen attraktiv

HANNOVER. Noch nicht Dreijährige in einer Krippe betreuen lassen – für viele Familien mit Migrationshintergrund ist das undenkbar. Selbst dann, wenn frühe Sprachförderung ihrer Kinder sinnvoll wäre oder sie selbst in der Erziehung unsicher sind. Ihnen macht die Stadt seit September 2011 ein Angebot ohne jede Verpflichtung: die „Gemeinsam-wachsen-Gruppen“.

Die Treffen finden einmal wöchentlich in den Familienzentren statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Pädagogische Fachkräfte und Erziehungsberater nehmen an den 90 Minuten dauernden Gesprächen teil. Die Stadt fördert die Gruppen mit 100 000 Euro; die Heinz-und-Heide-Dürr-Stiftung hat als Anschubfinanzierung 30 000 Euro bereitgestellt.

Erste Ergebnisse bestätigen den Bedarf: Eltern schätzen, dass ihre Kinder unter Kinder kommen und in ihrer Gegenwart mit anderen spielen. Die Erziehungstipps finden alle wertvoll, einige überlegen, ob ihr Kind nicht eine Krippe besuchen sollte. kg

CDU-Fraktion kritisiert IGS-Gründungen ohne Plan

Oberschule abgeschmettert, doch Gesamtschulen entstehen weiter. Arbeitsgruppe ermittelt Bedarf an Schulformen.

VON ANDREAS KRASSELT

HANNOVER. Die CDU-Ratsfraktion kritisiert die ihrer Ansicht nach nur schleppend vorankommende Schulstrukturplanung der Stadtverwaltung – und die dennoch beabsichtigte Neugründung von zwei weiteren IGSen in der Südstadt und in Bothfeld zum Schuljahr 2013/14. Die entsprechenden Beschlussdruck-

sachen durchlaufen derzeit die Ratsgremien. Als die Stadt ihre Absicht, weitere IGSen zu bilden, per Pressemitteilung bekanntgab, fühlten sich die konservativen Schulpolitiker überumpelt. Der Plan wurde mit dem Bedarf begründet, den die Elternbefragung ergeben hatte, und von der Tatsache gestützt, dass auch zu diesem Schuljahr rund 260 Kinder von

den Gesamtschulen abgelehnt werden mussten.

Dennoch sieht die CDU darin einen Schnellschuss, der nicht durch gründliche Planung abgesichert ist. „Das kann finanzielle Auswirkungen in nicht unbeträchtlicher Höhe haben“, warnt die schulpolitische Sprecherin Stefanie Matz. Finanzielle Folgen werden auch in der Drucksache erwähnt, aber nicht beziffert. „Wir haben

die Sorge, dass dadurch notwendige Sanierungen an anderen Schulen hintenangestellt werden“, erklärt Ratsfrau Kerstin Seitz.

Vor allem aber ärgert die Fraktion, dass bei Schulneugründungen offenbar mit zweierlei Maß gemessen werde. Als Eltern und Lehrer die Gründung einer Oberschule in Misburg forderten, wurde dies mit der Begründung abgelehnt,

dass zunächst die strukturellen Auswirkungen auf die Schullandschaft geprüft werden müssten.

Ein Argument, was bei IGSen offenbar nicht gilt. „Das ist ideologische Politik“, meint Ratsherr Maximilian Oppet, „wir wollen uns aber nicht länger von der Schulverwaltung vorführen lassen.“ Die CDU werde im Rat gegen die Neugründungen stimmen: „Wir

sind nicht prinzipiell dagegen, sondern wollen dokumentieren, dass die Verwaltung einseitig bestimmte Schulformen bevorzugt.“ Den CDU-Mitgliedern in den Bezirksräten habe die Ratsfraktion aber nahegelegt, für die IGSen zu stimmen.

Welche Schulformen in Hannover gebraucht werden und welche Auswirkungen Neugründungen haben, soll eine Planungsgruppe erarbeiten,

die im Januar angekündigt worden war. „Eigentlich hätte diese Arbeitsgruppe nach der ersten Elternbefragung 2008 installiert werden können“, argumentiert Seitz. Bereits damals war der große Bedarf an IGS-Plätzen erkennbar geworden. Ihre Tätigkeit hat die Arbeitsgruppe laut Stadt vor den Sommerferien aufgenommen. Erste Zwischenergebnisse werden für das Frühjahr erwartet.

Wir wollen uns aber nicht länger von der Schulverwaltung vorführen lassen.

Maximilian Oppet, CDU, Mitglied im Schulausschuss

